

7. Fazit

Uchte, Niedersachsen, Deutschland, November 2025

Bei einem Bauernhofbiegen wir auf einen Feldweg ab, und dann hören wir sie: Die Rufe der Kraniche (*Grus grus*), die zwischen dem Gekrächze der Rabenkrähen zu vernehmen sind. Kurz darauf sehen wir vier der großen Vögel auf einem Feld, doch bevor wir sie fotografieren können, fliegen sie auf. Noch etwas später kommen wir mit unseren Fahrrädern an der Vogelbeobachtungsstation an. Es ist ein nebliger Samstagnachmittag Anfang November. Hier, nahe dem Flecken Uchte im niedersächsischen Landkreis Nienburg, ist einer der westlichsten Rastplätze der Kraniche in Deutschland. Von hier setzen sie ihren Zug nach Frankreich und Spanien fort, wo sie überwintern werden. Weil es neblig ist, können wir sie an diesem Tag weniger sehen als hören: Immerhin überfliegen sie immer wieder unsere Köpfe in Formation – ein beeindruckendes Bild. Die eleganten Vögel haben die Menschen seit jeher fasziniert, sie sind ein Symbol der Erhabenheit. Dem Naturschützer Aldo Leopold (1887–1948) galten sie als Relikte einer ursprünglichen, nicht von Menschen berührten Natur.¹

Im Herbst 2025 bekommen Kraniche auf einmal eine ungeahnte mediale Aufmerksamkeit. Der Grund: In diesem Jahr wütet die Vogelgrippe (H5N1) durch die Kranichpopulation und führt in Ostdeutschland, in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, zum Tod von tausenden Vögeln. Andere Wildvögel erkranken genauso, aber die weitgehend immunnaive, also nicht vor schweren Verläufen geschützte Kranichpopulation ist besonders betroffen. Das Rastverhalten der Kraniche auf dem Vogelzug begünstigt die Ansteckung, wenn sie dichtgedrängt auf ihren Rastplätzen stehen.²

1 Leopold, *A Sand County Almanac*.

2 NABU, »Vogelgrippe: So verläuft die H5N1-Pandemie«.

Indessen seien Kraniche und andere Wildvögel keineswegs die häufigsten Vektoren der Vogelgrippe, wie teilweise behauptet würde, so betonen es Vogelschutzorganisationen.³ Vielmehr sei der Grippevirus Typ Influenza A H5N1 vor mehr als zwei Jahrzehnten in der Massentierhaltung in China entstanden und habe sich vermutlich über Handelsbeziehungen nach Westen ausgebreitet. Der Virus überträgt sich über Ställe und Tiertransporte und befällt auch immer wieder Wildvogelpopulationen, wie im Jahr 2025 Kraniche. Ein Infektionsweg ist infizierter Geflügelmist, der aus den Ställen auf Felder ausgebracht wird, auf denen sich rastende Kraniche dann anstecken.⁴

Die Kranichpopulation scheint sich mittlerweile (Frühjahr 2026) ersten Anzeichen zufolge erholt zu haben.⁵ Die Vogelgrippe aber gibt weiterhin Anlass zur Sorge, und zwar nicht nur für die Geflügelhaltung. Es ist sicher, dass es Übertragungen auf verschiedenste Arten wildlebender Säugetiere gab. Beispielsweise könnten auf der subarktischen Insel South Georgia 2023 bis zu 50.000 See-Elefanten (*Mirounga leonina*) an der Krankheit gestorben sein.⁶ Der Vogelgrippevirus trat mittlerweile neben der Geflügelhaltung in den USA auch in der Rinderhaltung auf. Von Übertragungen des Virus auf Menschen wurde berichtet, vor allem bei solchen, die im engen Kontakt mit Vieh und Geflügel arbeiten. Bisher aber wurden keine Ansteckungen von Menschen untereinander bekannt.⁷ Eine Mutation, wenn bislang auch unwahrscheinlich, könnte die nächste ernste Grippe-Pandemie auslösen. Die bekannten H5N1-Infektionen bei Menschen verliefen in der Hälfte aller Fälle tödlich.⁸

Horrorszenarien einer neuen globalen Pandemie sollten Anlass genug sein, die aktuellen Praktiken der industriellen Nutztierhaltung zu hinterfragen.⁹ Eine proaktive Pandemieprävention des Staatsapparats gemäß Foucaults Sicherheitsdispositiv würde ein Neudenken von Nutztierhaltung und von Naturschutz nicht nur ermöglichen, sondern notwendig und ra-

3 Fachvorstand Kranichschutz Deutschland, »Tausende tote Kraniche – eine unvermeidbare Naturkatastrophe?«

4 Recherche-Kollektiv Die Flugbegleiter und Krumenacher, »Vogelgrippe-Pandemie: Kraniche sterben massenhaft durch Virus aus der Massentierhaltung«.

5 MDR Wissen, »Kraniche haben Vogelgrippe überstanden«.

6 Anthes, »Bird flu ravaged the world's largest elephant seal population«.

7 Krammer u. a., »Highly pathogenic avian influenza H5N1«.

8 Wu, »How much worse would a bird-flu pandemic be?«

9 Stevenson, »Links between industrial livestock production, disease including zoonoses and antimicrobial resistance«.

tional erscheinen lassen.¹⁰ Bislang scheint aber auch hier wie anderswo im Agrarsektor »business-as-usual« der bequemste politische Ansatz zu sein.

Zusammenfassung

In diesem Buch habe ich eine Kritik staatlichen Handelns im Naturschutz aus der Perspektive der politischen Ökologie unternommen. Dabei habe ich, beziehungsweise auf die vorhandene Literatur und unter Verwendung zahlreicher kursorischer Fallstudien, Staatshandeln im Naturschutz in fünf Bereichen untersucht: Im Bereich der Territorialität, der Populationen, der Staatsgewalt, der Governance, und der Geopolitik.

Die Territorialisierung stellt sich als alte Strategie staatlichen Naturschutzhandelns dar. Sie hat ihre Wurzeln in der noch älteren Jagdhoheit des Adels in Westeuropa. In den Kolonien europäischer Mächte in Asien und Afrika entstanden im ausgehenden 19. Jahrhundert Jagdreservate, die dann später nach dem Vorbild von Yellowstone zu Nationalparks und anderen Formen der Schutzgebiete umgewandelt worden. Verstand man charismatische Wildtiere zunächst als Ressource, die es in den Schutzgebieten nachhaltig zu bewirtschaften galt, wurden die Tiere dann mehr und mehr als seltene und schützenswerte Arten betrachtet, und der Naturschutz entwickelt sich dahingehend weiter, dass der Schutz dieser Arten priorisiert wurde. Gleichzeitig wurde das Prinzip des Festungsnaturschutzes ausgebaut und lokale und indigene Gemeinschaften aus den Schutzgebieten vertrieben. Territorialisierung bleibt auch angesichts der Formulierung neuer raumbezogener Schutzziele wie 30x30 ein dominanter, aber auch konfliktreicher Ansatz staatlicher Naturschutzpolitik. Ein Thema für zukünftige Betrachtungen ist die Territorialisierung von Meeresschutzgebieten¹¹, welche vermutlich andere Dynamiken entfaltet als vergleichbare Konflikte um Land.

Das auf Michel Foucault zurückgehende Konzept der Biopolitik wurde auf die Kontrolle von Tierpopulationen im Naturschutz angewendet. Dieser

10 Für eine nuancierte Kritik der potenziellen Fokussierung des Naturschutzes auf Biosicherheit vgl. Smith, »Understanding the changing role of global public health in biodiversity conservation«.

11 Territorialisierung von ozeanischen Räumen ist angesichts der Wortherkunft von »Territorium« aus lateinisch *terra* (»Erde«) eine *contradictio in adiecto*, ein widersprüchlicher Begriff, aber diese Problematik soll hier nicht weiter behandelt werden.

Mechanismus wurde anhand der Populationen von Elefanten und Wölfen untersucht und im Zusammenhang mit Mensch-Wildtier-Konflikten kontextualisiert. Es zeigt sich, dass biopolitische Bestrebungen weit verbreitet sind und dass besonders charismatische Arten die Aufmerksamkeit staatlicher Managementbemühungen auf sich ziehen. Demgegenüber schaffen es Individuen der genannten Arten immer wieder, sich der Kontrolle zu entziehen, die Biopolitik gerät also an Grenzen. Nichtsdestotrotz erscheint das Konzept der Biopolitik für die politische Ökologie des Naturschutzes als analytisches Werkzeug gut geeignet.

Der Einsatz von Staatsgewalt im Naturschutz äußert sich in Kombination von Strategien der Territorialisierung und, im geringeren Ausmaß, auch der Biopolitik. Staaten nutzen ihr Gewaltmonopol, um vermeintliche Naturschutzinteressen durchzusetzen, nicht selten kommt es dabei zu Rechtsverletzungen gegenüber betroffenen Bevölkerungsgruppen. Die politische Ökologie diagnostiziert sowohl eine Versicherheitlichung von Naturschutzdiskursen als auch die zunehmende Militarisierung von Schutzmaßnahmen, insbesondere im Kontext des Kampfes gegen Jagdwilderei. Dass diese Militarisierungstendenzen vorrangig in Afrika auftreten, kann als Fortsetzung kolonialer Denk- und Handlungsschemata gewertet werden. Während die Beteiligung von privaten Organisationen eine zunehmend größere Rolle einnimmt, kann doch festgestellt werden, dass der Staat im Naturschutz ein zentraler Gewaltakteur mit ausgewiesener Position bleibt. Er ist ausgerüstet mit einer Legitimität, die andere Akteure in gewalttätigen Konflikten nicht besitzen, und kann dadurch Ressourcen mobilisieren, auf die konkurrierende Organisationen nicht zugreifen können. Allerdings ist auch das staatliche Gewalthandeln im Naturschutz Gegenstand von Konflikten und Interessengegensätzen *innerhalb* des Staatsapparats bzw. des Naturstaats und darum nicht immer stabil in seinen Erscheinungsformen. Die repressive Dimension des Naturstaats tritt also mit beachtlicher Variabilität auf, die wiederum von Form und Ausmaß der Gegenwehr abhängt, die von betroffenen Gemeinschaften und Gruppen ausgeht. Nicht ausführlich diskutiert wurden Korruption und Partikularinteressen, die im Zusammenhang mit der Militarisierung des Naturschutzes wirken, dieses ist auf jeden Fall ein bedeutender Untersuchungsgegenstand.

Neben dem Einsatz von Gewalt hat der Naturstaat etliche andere Formen des Regierens zur Verfügung, die in zeitgenössischen Entwürfen von Staatlichkeit oft formal in Partnerschaft mit privaten wie zivilgesellschaftlichen nicht-staatlichen Akteuren ausgeübt werden sollen. Hier verläuft ein Spektrum von hierarchischen Mechanismen der Governance über das Schaffen

von ökonomischen Anreizen bis hin zu partizipativen Modellen. Dazwischen und darüber hinaus gibt es verschiedene hybride Formen der Governance. Die politische Ökologie konzentriert sich bislang auf die Kritik von marktbasier-ten, neoliberalen Governancemechanismen, doch es zeigt sich, dass nicht-ökonomische, territoriale, biopolitische und gewaltförmige Modelle weiterhin Bestand haben. Es ist auf jeden Fall klar, dass Governance von Naturschutz immer das dynamische Ergebnis von lokalspezifischen Aushandlungen und Konfliktkonstellationen sein wird.

Als letztes wurde das zwischenstaatliche Handeln im Naturschutz unter-sucht, welches eher behelfsmäßig als Geopolitik des Naturschutzes begriff-lich gefasst wurde. Hierbei geht es um die zahlreichen Abkommen, die zum Schutz der Natur getroffen werden, es geht aber auch um interessengeleitetes geopolitisches Handeln von Staaten, das den Naturschutz berührt. Angesichts der mehrfach beschriebenen Rückkehr der Geopolitik in die internationalen Beziehungen können negative Auswirkungen auf die internationale Umwelt- und Naturschutzpolitik angenommen werden.

Die Untersuchung hat etabliert, dass der naturschutzbezogene Staatsap-parat, der *nature state*, eine Arena von Konflikten und Interessengegensätzen ist. Dieses ließe sich mit dem analytischen Werkzeugkasten der politischen Ökologie¹² fallspezifisch noch stärker ausdifferenzieren. Der Text versteht sich aber primär als Einführung in die Thematik und verweist auf zahlreiche Ansät-ze und Studien, bei denen diese Dynamiken untersucht wurden. Die Erarbei-tung weiterer Fallstudien erscheint auf jeden Fall sinnvoll, um die Bandbrei-te staatlichen Handelns im Naturschutz zu untersuchen und konzeptionell zu fassen. Im Folgenden weise ich auf weitere Ansätze hin, die hier unbeachtet geblieben sind.

Was fehlt

In diesem kurzen Buch habe ich viele Aspekte der Naturschutzdebatte kaum erwähnt oder nur kurz angesprochen. Es gibt etliche Leerstellen, auf die ich hier nur kurz verweisen will. Zum Beispiel habe ich auf jegliche Diskussion der Tierrechtsbewegung verzichtet¹³, habe den ethisch begründeten Veganis-mus ignoriert und den Neo-Malthusianismus, also die alte, nicht totzukrie-

12 Robbins, *Political Ecology*.

13 Für einen guten ersten Überblick vgl. DeGrazia, *Animal Rights*.

gende Idee¹⁴, dass menschliche Überbevölkerung die Wurzel allen Übels sei, nur sehr kurz angesprochen. Ich habe den philosophischen Diskurs um Anthropozentrismus¹⁵ ausgelassen, der sich mit dem Gedanken beschäftigt, dass Menschen nicht der Mittelpunkt und der einzige Maßstab des Lebens auf der Erde sind. Ebenso bin ich nicht darauf eingegangen, welche Werte den Schutz von Wildtieren motivieren, ob der intrinsische Wert des Lebenswesens oder der Art, oder funktionaler, der ökologische Nutzen für das gesamte Ökosystem oder letztlich für die Menschen.¹⁶

Ich habe den Disput zwischen Umweltgerechtigkeit (*environmental justice*) und ökologischer Gerechtigkeit (*ecological justice*) außenvorgelesen, wobei die Umweltgerechtigkeit auf dem Anspruch einer lebenswerten Umwelt für alle Menschen basiert, während die ökologische Gerechtigkeit diesen Anspruch auf alle Lebewesen und Ökosysteme ausdehnen möchte.¹⁷

Schließlich habe ich mich auch nicht mit der Debatte beschäftigt, ob die katastrophale Ausbeutung der Natur in erster Linie ein Ausdruck *menschlichen* Handelns ist, wie es sich mit dem Konzept des Anthropozän verbindet, oder ob es nicht vielmehr der globale Kapitalismus ist, dem die meiste Verantwortung zukommt, ein Gedanke, der sich mit dem Neologismus Kapitalozän (*capitalocene*) fassen lässt.¹⁸

Die genannten Diskurse und Debatten sind für sich genommen wichtig, aber nicht alle sind im Zusammenhang mit Staatshandeln im Naturschutz relevant oder wirksam. Das kann sich selbstverständlich ändern. So wie ein Großteil der heutigen Naturschutzpolitik das Produkt von Kolonialismus und Neoliberalismus ist, können zukünftige politische Strömungen die Politik wesentlich verändern. Im nächsten Abschnitt wird auf ein paar neuere Ansätze der Organisation von Naturschutzpolitik eingegangen.

14 Die Idee des Neo-Malthusianismus als Zombie findet sich bei De Waal, *Mass Starvation*.

15 Callicott, »Non-anthropocentric value theory and environmental ethics«.

16 Vilka, *The Intrinsic Value of Nature*.

17 Vgl. Kopnina und Washington, »Conservation and justice in the Anthropocene«.

18 Moore, *Capitalism in the Web of Life*.

Gesellschaftliche Alternativen zu Festungsnaturschutz und Neoliberalismus

Die Befunde dieses Buches stimmen in vielerlei Hinsicht mit der zentralen Kritik der politischen Ökologie überein, nämlich, dass beide dominanten Modelle von Naturschutzpolitik gescheitert sind, der autoritäre Festungsnaturschutz kolonialer Prägung, der auf Gewalt setzt, wie auch der neoliberale Ansatz, der Naturschutz als Win-Win-Modell verkaufen möchte und Marktmechanismen mobilisieren will, wo immer es opportun erscheint. Gleichzeitig aber will die Arbeit alles andere als die Biodiversitätskrise kleinreden. Das beschleunigte Artensterben ist ein reales Problem, das zahlreiche Aspekte hat: Ökologische, ethische, ökonomische und politische. Um der Biodiversitätskrise zu begegnen, braucht es neue Ansätze; solche, die vom Naturschutz betroffene Gruppen in alle Entscheidungen miteinbeziehen; die die Sorge um die nicht-menschliche Natur mit sozialer Gerechtigkeit verbinden; die den mächtigsten Playern in Politik, Industrie, Landwirtschaft und Militär nicht die Deutungshoheit überlassen.

Einige Ansätze verlassen sich auf Innovationen in Biotechnologie und Landschaftsökologie. Dazu gehören zwei populäre und miteinander verwandte Konzepte: *Rewilding* und *De-Extinction*. Unter *Rewilding* wird eine Regenerationsprozess verstanden, bei dem Ökosysteme in einen ursprünglicheren Zustand zurückversetzt und menschliche Einflüsse reduziert werden. Dieses erfolgt durch die Wiedereinführung (*reintroduction*) von Arten, die einst im Ökosystem vorhanden, aber nun verschwunden sind. Ein Beispiel aus Deutschland ist der Eurasische Luchs (*Lynx lynx*), die größte weitverbreitete Katze Europas, die nach gezielter Wiederansiedlung zum Beispiel im Harz¹⁹ nun in verschiedenen Mittelgebirgen Deutschlands wiederansässig ist. *De-Extinction* geht einen oder mehrere Schritte weiter und will mithilfe von Gentechnik längst ausgestorbene Arten, meist große Säugetiere, zurückbringen. Davon erhofft man sich die ökologische Neugestaltung von Landschaften im Sinne der Regeneration von Ökosystemen. Berühmt ist das Projekt *Pleistocene Park*, das auf dem Traum von der gentechnisch ermöglichten Auferstehung des Wollmammuts beruht.²⁰ Die technologisch begründete Euphorie, die diesen Visionen innewohnt, wird von Kritiker:innen aber gebremst. Sie verweisen zu Recht auf die definitorischen Unklarheiten des

19 Nationalpark Harz, »Das Luchsprojekt Harz«.

20 Jepson und Blythe, *Rewilding*; Minter, *The Fall of the Wild*.

Begriffs »Rewilding« und auf die unvorhersehbaren Folgen der Einführung von neuen Spezies in komplexe und dynamische ökologische Systeme.²¹

Ein Ansatz aus dem Umfeld der politischen Ökologie versucht, die Aporie gegensätzlicher Zielsetzungen aufzulösen. Dem Entweder-oder von Erhalt der Ökosysteme und Bewahrung der Arten auf der einen oder sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand für menschliche Gesellschaften auf der anderen Seite wird ein dritter Weg entgegengesetzt. Dieser wird als *convivial conservation* umschrieben. *Conviviality* ist ein schwierig zu übersetzendes Wort, der Aspekt von freundlichem Miteinander, von positivem Gemeinschaftssinn in sich trägt. Popularisiert hat den Begriff Ivan Illich, ein österreichischer Philosoph, und er meinte damit kreative Formen des Zusammenlebens jenseits der industriellen, kapitalistischen Moderne.²² Bram Büscher und Rob Fletcher nehmen in »The Conservation Revolution« diese Ideen auf und wenden sie auf den Naturschutz an. Sie streben damit eine radikale Abwendung von bisherigen Modellen gesellschaftlicher Naturverhältnisse an, die sich als postkapitalistisch umschreiben ließe.²³ Sie verweisen auf die wachstumskritische Bewegung, auf *Degrowth*, also auf die Abkehr vom Imperativ des ständigen Wirtschaftswachstums. Wenn Gesellschaft suffizienter werden, sich stärker auf Grundbedürfnisse konzentrieren und eine Ökonomie des Teilens entwickeln, dann können auch neue Möglichkeiten des Zusammenlebens zwischen Menschen und Wildnis gefunden werden. Der Mensch-Natur-Dualismus wäre überwunden.

Troy Vettese und Drew Pendergrass entwerfen den Plan einer neuen Weltgesellschaft, der Wildnis und restaurative Ökologie mit gutem Leben zusammenbringen soll – »Half-Earth socialism«, so der Titel ihres Buches. Vettese und Pendergrass setzen nicht nur auf *Degrowth*, sondern auch auf Planwirtschaft und Veganismus: »Half-Earth socialism would maintain and enhance the biosphere through abolishing animal husbandry, rebuilding cities, and rewilding at least half the planet«²⁴; sie proklamieren die Abschaffung der Nutztierhaltung, die Umgestaltung urbaner Gesellschaften, und das Rewilding des halben Planeten.²⁵

Dieses sind Utopien. Utopien haben die Möglichkeit, die Vorstellungskraft zu beflügeln, und darum historisch eine nicht zu unterschätzende Wirkung

21 Nogués-Bravo u. a., »Rewilding is the new Pandora's Box in conservation«.

22 Illich, *Tools for Conviviality*.

23 Büscher und Fletcher, *The Conservation Revolution*.

24 Vettese und Pendergrass, *Half-Earth Socialism*. S. 167.

25 Wie attraktiv dieser vegane Öko-Sozialismus wäre, sei dahingestellt.

auf das politische Denken und Handeln von Menschen entfacht. Allerdings finden wir uns, auch das klingt in verschiedenen Teilen des Buches durch, eher in dystopischen Zeiten.

Naturschutz und Staatsmacht in Zeiten der autoritären Wende

Der Autoritarismus ist auf dem Vormarsch. Im vergangenen Jahrzehnt ist die Welt objektiv weniger demokratisch geworden. China und Russland bleiben autoritäre Giganten mit massivem Einfluss, genauso besorgniserregend aber ist die autoritäre Wende in Wahldemokratien. Das gilt besonders für die größte Volkswirtschaft und das bevölkerungsreichste Land der Welt, für die USA und Indien. Beide haben, im unterschiedlichen Ausmaß und Tempo, in den vergangenen Jahren demokratische Rechte, besonders Minderheitenrechte, abgebaut, Macht bei der Regierung konzentriert, Gewaltenteilung unterminiert, die freie Presse, Wissenschaft und Zivilgesellschaft angegriffen und behindert.²⁶

Nicht nur Indien, auch die anderen im Buch untersuchten Staaten sind von der autoritären Wende nicht unbeeindruckt. Tansanias politisches System wird zunehmend autoritärer. Deutschland und Frankreich sind stabile Demokratien, aber rechtsextreme Parteien gewinnen an Einfluss und nähern sich den Schalthebeln der Macht. In Sri Lanka scheint es immerhin seit der Wahl eines progressiven Präsidenten im Jahr 2024 einen demokratischen Aufbruch zu geben.²⁷

Autoritäre Regierungen bedeuten in der Regel für den Umwelt- und Naturschutz wenig Gutes.²⁸ In autoritären Gesellschaften treiben im Schatten eines vorgeblich starken Staates Korruption und Vetternwirtschaft ihre Blüten. Extraktive Industrien (fossile Energien, Bergbau, Agrarindustrie) werden zur Beute von Regierungskreisen. Staatliche Regulierung zugunsten von Umwelt

26 Jaffrelot, *Modi's India*; Thimm, *Systemsprenger – Donald Trump und die Erosion der Demokratie in den USA*.

27 Freedom House, *Freedom in the World 2026*.

28 Die Volksrepublik China erklärt zwar, eine »ökologische Zivilisation« aufbauen zu wollen, doch die autoritäre Umweltpolitik der Kommunistischen Partei Chinas stellt sich in erster Linie als Reaktion auf die ausufernden, katastrophalen Umweltprobleme als Folge der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte dar, vgl. Li und Shapiro, *China Goes Green*.

und Naturschutz wird demzufolge abgebaut. Oft werden Umwelt- und Naturschützer:innen zur Zielscheibe von Repression.²⁹

In den USA sehen wir eine neue Qualität des autoritären Umbaus einer Demokratie. Seitdem die Konzeption dieses Buches begann, wurden die internationale Politik, aber auch die Innenpolitik der USA durch die erneute Wahl von Donald J. Trump zum US-Präsidenten im November 2024 erschüttert. In hohem Tempo transformiert sich hier Leviathan, der Staat, zu Behemoth, dem Unstaat, um an die Metapher Franz Jungs zu erinnern. Seit Beginn seiner zweiten Amtszeit hatten Trump und seine Regierung einen Angriff auf die Institutionen des Staates gefahren, der in seinem Ausmaß seinesgleichen sucht.³⁰ Unter dem Vorwand der Entbürokratisierung und Haushaltskonsolidierung wurden die staatlichen Organisationen in den Bereichen Bildung, Wissenschaftsförderung, Verbraucherschutz und nicht zuletzt der Umwelt- und Naturschutz auf nie dagewesene Weise beschädigt und zerstört. Leitend dafür ist eine Ideologie, die den Staat zugunsten privater Kapitalinteressen minimieren will. Das ist das intellektuelle Produkt von Rechtslibertären und sogenannten Anarchokapitalisten, denen der Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte noch nicht weit genug ging³¹. Diese hyperlibertäre Ideologie verbündet sich mit Leugnung der Klimakatastrophe und Wissenschaftsfeindlichkeit.³² Es erscheint nicht unmöglich, dass sich solche Tendenzen im Zuge von Austerität und Aufrüstung auch in EU-Mitgliedsstaaten durchsetzen.

Ist es angesichts des Angriffes auf den Staat noch angebracht, staatliche Umweltpolitik zu kritisieren? Ich denke schon. Der Staat als Arena von Kämpfen um Interessen, Rechte und Ressourcen ist und bleibt von höchster Wichtigkeit. Es ginge aber nicht darum, den staatlichen Naturschutz abzuschaffen, sondern ihn zu demokratisieren.

29 McCarthy, »Authoritarianism, populism, and the environment«; Middeldorp und Le Billon, »Deadly environmental governance«; Fernandes, »Right-wing authoritarianism against nature«.

30 Milman, »Trump has launched more attacks on the environment in 100 days than his entire first term«.

31 Slobodian, *Kapitalismus ohne Demokratie*.

32 Oreskes und Conway, »From anti-government to anti-science«; Moser, »Climate change denial«.